

ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktionen der FDP und CDU

zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (4. Ausschuss)
- Drucksache 8/804 -

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 8/600 -

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushalts-
gesetz 2022/2023)**

und der Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 8/598 -

**Mittelfristige Finanzplanung des Landes Mecklenburg-Vorpommern
einschließlich Investitionsplanung**

hier: Einzelplan 04
Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres, Bau und
Digitalisierung

Der Landtag möge beschließen:

In Einzelplan 04 Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung
Kapitel 0411 Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege

wird im Stellenplan
Titel 428.01 Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

für die Entgeltgruppe E 14 der Vermerk „kw“ für

- Nr. 1) 3 Stellen EntgGr. E 14 zum 31.12.2028
- Nr. 2) 14 Stellen EntgGr. E 14 zum 31.12.2027
- Nr. 4) 5 Stellen EntgGr. E 14 zum 31.12.2024

gestrichen.

René Domke und Fraktion

Franz-Robert Liskow und Fraktion

Begründung:

Die Anhörung im Innenausschuss hat ergeben, dass zwingend erforderliches Personal, insbesondere Dozenten, für die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege nicht gewonnen beziehungsweise auf Dauer nicht gehalten werden kann, da zumeist nur befristete Arbeitsverträge angeboten werden können. Dies führe zu einer hohen Fluktuation. Es falle sehr schwer, qualifizierte Lehrende zu halten, wenn ihnen anderswo eine unbefristete Stelle und möglicherweise ein höheres Entgelt angeboten werde. Durch einen steten Wechsel der Dozenten leidet nicht nur die Ausbildung, zudem binden Ausschreibungen und Einstellungsverfahren personelle Kapazitäten und verursachen hohe Kosten. Die Notwendigkeit einer Entfristung der Stellen wurde von den Anzuhörenden zwingend gesehen.